

Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten dient. Die Deutsche Demokratische Republik ist bei Vorhandensein der genannten Voraussetzungen für freie Wahlen, denn dann würden demokratische Wahlen nicht zur Schaffung eines imperialistischen Deutschlands, das aggressive Pläne verfolgt, führen, sondern zu einem friedliebenden demokratischen Deutschland.

Da die Wiedervereinigung eine rechtmäßige Sache des deutschen Volkes selbst ist, wird sie nur durch die Annäherung der beiden bestehenden deutschen Staaten und die Zusammenarbeit der beiden Regierungen ermöglicht. Eine solche Zusammenarbeit erfordert, daß die Bonner Regierung auf die Wühlätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik verzichtet und die Agentenzentralen in Westberlin und in Westdeutschland liquidiert.

Wenn sich die Bonner Politik auf die Interessen Deutschlands orientiert, dann wird es möglich, Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten anzubahnen, die im Geiste der Verständigung und Zusammenarbeit geführt werden müßten. Diese Verhandlungen können zu Ergebnissen führen, wenn sie auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Achtung der beiderseitigen Interessen geführt werden. Es darf keinerlei Beeinträchtigung der Errungenschaften der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen. Es ist zweckmäßig, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen mit solchen Fragen zu beginnen, über die von beiden Seiten eine Verständigung möglich ist, zum Beispiel über wirtschaftliche und kulturelle Fragen.

Die Teilnahme beider deutscher Staaten an einem gesamteuropäischen Vertrag der kollektiven Sicherheit würde zur allmählichen Annäherung und friedlichen Zusammenarbeit beider Staaten führen, was den Interessen der Wiedervereinigung dient. Wir wünschen auch, daß die Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und der Sowjetunion zur Entspannung und zur Annäherung beider deutscher Staaten beiträgt.

*Die Herbeiführung der kollektiven Sicherheit muß verbunden sein mit dem Kampf der Arbeiterklasse und aller friedliebenden Deutschen für die Beseitigung der Machtpositionen des deutschen Militarismus in Westdeutschland und für das Verbot jeder Kriegs- und Revanchehetze.* Die Träger des Militarismus, das sind die Herren der großen Monopole, die Junker, die Revanchepolitiker im Bonner Staatsapparat und jene Hiilergenerale, die aus der Katastrophe Hitlerdeutschlands nichts gelernt haben.